

Wilfried Daim

In: sozialistische hefte, Hamburg, Juli 1965

## **Vorteile einer Neutralitätspolitik**

Österreich 10 Jahre nach Abschluss des Staatsvertrages

Österreich entstand in seiner heutigen Form 1918. Der Zusammenbruch der Österreich-ungarischen Monarchie war ein außerordentlich schwerwiegendes Problem für die Menschen Österreichs, die aus der staatstragenden Nationalität einer der größten Mächte Europas auf die eines Kleinstaates zusammenschumpften. Aber dieses politisch-psychologische Problem wurde durch die ökonomischen Folgen des Zusammenbruchs noch übertrumpft. Denn in dem heutigen Raum Österreichs bestand weder die landwirtschaftliche noch die industrielle Basis des alten Reiches. Diese lagen in Ungarn und der CSR. Unsere Landwirtschaft erzeugte etwa 20 Prozent des Bedarfs gegenüber mehr als 90 Prozent heute. Wien, als Zentrum eines 54-Millionenreiches eingerichtet, stellte mit seinen 2 Millionen Menschen zweifellos für einen 6,5 Millionen-Staat einen „Wasserkopf“ dar.

Es mag dies, mit der ideologischen Komponente des Deutschnationalismus, als Erklärung dafür dienen, dass 1918 fast nur konservative Monarchisten, die von der Wiedererrichtung der k. u. k. Monarchie träumten, an die Möglichkeit und Notwendigkeit einer Eigenexistenz Österreichs glaubten. Allerdings verzweifelnd an der Möglichkeit, klein zu existieren — und auch als Kleiner eine echte Funktion haben zu können —, gewöhnt in einem Großraum (für die damalige Zeit groß) zu leben, wollten sie eine Union mit Deutschland, die für alle an der Struktur Europas interessierten Mächte notwendigerweise unannehmbar war, ebenso wie sie heute unannehmbar wäre.

Immerhin gab es bereits zur Zeit der ersten Republik Ansätze zu einem Neutralitätsstatus Österreichs. Sie wurden jedoch von den christlich-sozialen Politikern wegen der Deutschnationalen nicht weiterentwickelt. Dies war sicherlich bedauerlich, denn Österreich hätte nach dem Zusammenbruch der deutschen Okkupation an eine bereits einmal existierende Neutralität anknüpfen können. Aber die Neutralitätsthese konnte wegen des anscheinend unüberbrückbaren Gegensatzes zur Sozialdemokratie und der damit gegebenen Notwendigkeit, mit den Deutschnationalen zu kollaborieren, nicht entwickelt werden.

Der Zusammenbruch „Großdeutschlands“ 1945 stellte nun Österreich, gemessen an der Situation von 1918, vor völlig andere Probleme. Dabei muss man die politisch-psychologische Situation zu verstehen trachten.

Als ganz wesentliches Moment ist dabei zu betrachten, dass das weltpolitische Scheitern Hitlers das großdeutsche Anschlussdenken ins Herz getroffen hatte. Hitlers versuchter Zentralismus und seine tief eingewurzelte Hassliebe zu Österreich und Wien hatte auch viele Deutschnationale bekehrt, die nicht so ohne weiteres als „Nationalsozialisten“ anzusehen waren (die etwa keine Antisemiten waren).

Hitler ging so weit, das Wort Österreich auslöschen zu wollen — wie die Alliierten später mit ungleich mehr Grund Preußen von der Landkarte tilgen wollten —; er hatte die Länder Nieder- und Oberösterreich zu direkt Berlin unterstellten Gauen mit den Namen Nieder- und Oberdonau machen wollen.

Zu der nicht zu bezweifelnden Tatsache, dass der weitaus größte Teil der Österreicher nunmehr schon aus Protest gegen diese Politik Hitlers eine positive Beziehung zu ihrer Heimat entwickelte und vom Anschluss genug hatte, kam natürlich noch ein opportunistisches Element hinzu, das man selbstverständlich nicht unterschätzen darf. Denn ohne Frage wollten die Alliierten allesamt nichts mehr von einem Großdeutschland wissen; jedes Bekenntnis zu einem autonomen Österreich lag deshalb auf ihrer Linie. Auch Exnationalsozialisten beteuerten — und oft wirklich glaubhaft —, dass sie sich einen Anschluss vor 1938 anders vorgestellt hatten. Nur eine kleine Horde Unentwegter (sie sind natürlich heute die lebhaftesten Vertreter eines Anschlusses Österreichs an die EWG) war noch für den Anschluss, hatte jedoch zunächst keine propagandistischen Möglichkeiten. So war fürs erste die Eigenstaatlichkeit Österreichs sichergestellt. Nun ist jedoch in diesem Zusammenhang noch von einer Sache zu sprechen, die man gerne verschweigt, obwohl sie für das Verständnis der österreichischen Nachkriegspolitik unerlässlich ist.

Nach dem zweiten Weltkrieg stand jener Teil Großdeutschlands, der als Deutschland übrigblieb, als der Schuldige am größten Massenmord der Weltgeschichte am Pranger. Die Deutschen konnten der Konfrontation mit der Schuld nicht ausweichen, höchstens in vollendete Illusionen. Dort, wo nun diese Schuld ernst genommen wurde — wie in vielen christlichen Kreisen — kam es auch zu einem grundsätzlichen Umdenken. Das soll nicht heißen, etwa alle Deutschen mit dem

Schuldproblem fertig wurden, jedoch immerhin eine moralisch qualifizierte Minderheit, die ein spürbarer Faktor in der gegenwärtigen deutschen Öffentlichkeit ist. Wie lag nun die Schuldfrage in Österreich? Kurz gesagt: es schwindelte sich hinaus, nicht ohne neuerliche Schuldgefühle, nunmehr jedoch gegenüber dem deutschen Komplizen.

Man muss hier juristische Faktoren von moralischen unterscheiden. Österreich wurde durch die Okkupation deutscher Truppen als Staat liquidiert. Insofern ist es richtig, dass Österreich nämlich als Staat, nicht am zweiten Weltkrieg teilgenommen hat. Da Österreich nicht existierte, hat es auch nicht am zweiten Weltkrieg teilnehmen können. Das bedeutet jedoch nicht, dass nicht österreichische Menschen Hitler unterstützten. 30.000 allein auf dem offiziellen gerichtlichen Weg zum Tode verurteilte Österreicher sind hierfür kein glatter Gegenbeweis. Nicht nur diente eine sehr große Zahl von Österreichern in Hitlers Wehrmacht, es gab darüber hinaus auch eine sehr verbreitete politische und hochverräterische Kollaboration, ja eine ganze Reihe von Kriegsverbrechern stammte aus Österreich.

Diese Tatsachen zu verschweigen oder auch nur zu bagatellisieren, würde bedeuten, der historischen Wahrheit Gewalt anzutun und sich mit dem positiven Teil der deutschen Bevölkerung, der die Schuld eingesteht, nicht ehrlich zu verständigen.

Natürlich insistierte die neue österreichische Regierung nach 1945 darauf, dass Österreich nicht an Hitlers Krieg teilnahm und dies stimmt ja tatsächlich im völkerrechtlichen Sinn. Da einer Regierung, die danach trachten musste, die alliierten Besatzungstruppen wieder aus dem Land zu bekommen, diese Nichtteilnahme naturgemäß als Argument gegenüber den Besatzern dienen konnte, wurde es auch gebraucht. Nicht ein Teil Österreichs wurde abgetrennt; es galt als erstes Opfer der Hitler'schen Aggression. Auch waren die Politiker von 1945 persönlich vielfach aus den KZ's in die Regierung gekommen und das Österreich, das sie verkörperten, hatte in jeder Hinsicht nicht am Krieg mitgewirkt, sondern stand eindeutig auf der anderen Seite.

Was auch noch als eine ganz entscheidende Komponente betrachtet werden muss, ist die große österreichische Koalition von ÖVP und SPÖ.

Während die Gegensätze des christlich-bürgerlichen und des sozialistischen Lagers in der ersten Republik so groß waren, dass eine solche Koalition nur ganz kurz leben konnte und es zur verhängnisvollen Bürgerblockpolitik kam, waren es zwei Faktoren, die nunmehr die große

Koalition fundierten. Der eine Faktor war die gemeinsame KZ-Haft vieler Politiker der beiden Lager, die sie einander menschlich näher gebracht hatte, der andere die alliierte Besatzung, die eine solche Koalition einfach als Notwendigkeit erscheinen ließ. Damit war ein solider Kern österreichischer Politik geschaffen, und er ist auch wohl als mögliche Basis der österreichischen Neutralitätspolitik anzusehen. Außerdem waren zu Anfang die deutschnationalen und nazistischen Kräfte zu schwach und gefährdet, als sie einen Vorstoß gegen eine Neutralitätspolitik unternehmen konnten. Es war von ihrem Standpunkt aus — sie hielten nie viel von Verträgen — auch besser, die Alliierten mit einer Neutralitätspolitik aus Österreich hinauszubekommen, um dann später die Neutralität zu durchlöchern.

Die Neutralität war die einzige Möglichkeit, einerseits Österreich als Ganzes zu erhalten, andererseits es frei zu bekommen. Die Sowjets konnten zum Abschluss eines Staatsvertrages gebracht werden, wenn man ihnen eine Garantie bot, dass sich in dem von ihnen geräumten Gebiet kein ausgesprochen feindliches Regime etabliere.

Man soll dabei keineswegs die sowjetische Politik dämonisieren. Auch ein wohlwollender Zar hätte nach dem zweiten Weltkrieg keine andere Politik betreiben können. Sollte er etwa einem Land gegenüber, dessen Bevölkerung zu einem erheblichen Teil mit seinem größten Feinde kollaborierte, der es in höchste Gefahr gebracht hatte (Moskau, Leningrad, Stalingrad), nicht wenigstens verlangen, es sich ihm gegenüber künftig neutral verhielt? Hier nützt keine Rede von Freiheit, denn wer sich in Schuld begibt, begibt sich auch der Freiheit dem gegenüber, gegen den er Schuld beging.

So ist es schließlich tatsächlich das absolute Minimum, das die Sowjets von einem wieder vereinigten Deutschland fordern könnten, es neutral und entmilitarisiert wird. Die Vorstellung, dass ein Zar oder eine bürgerlich-demokratische Regierung Russlands etwas anderes fordern könnte als die Regierung der kommunistischen Sowjetunion, wenn sie auch nur die Vitalinteressen der Nation schützen wollten, ist eine Illusion. Dabei würde es selbst einem neutralen Deutschland schwerfallen, den Russen so viel Vertrauen in die deutsche Friedfertigkeit einzuflößen, dass sie auf harte Kontrollen verzichten werden.

Österreich glaubte man eher — teils aus Sympathien, von denen es fraglich ist, ob es sie verdient — teils deshalb, weil es weniger riskant ist,

ihm zu glauben, denn wenn es seine Verpflichtungen nicht einhält, geschieht weniger als etwa bei einem wiedervereinigten Deutschland.

Die Neutralisierung Österreichs in militärischer Hinsicht ist dabei ohnehin weitgehend illusorisch, denn es nimmt kaum jemand im Ernst an, im Kriegsfall das österreichische Bundesheer etwaigen einmarschierenden NATO-Truppen Widerstand leisten würde. Es fällt dies für die Sowjets jedoch insofern nicht ins Gewicht, als das Bundesheer weder für Truppen der NATO noch des Warschauer Paktes ein Hindernis darstellen würde. Ein Widerstand wäre eine Frage von 10 Minuten bis maximal 2 Stunden (sehr optimistisch gerechnet).

Außerdem ist Österreich kein wirklicher Aggressionsherd gegen die Oststaaten und hat keinerlei territoriale oder sonstige Forderungen zu stellen.

Aber Österreichs Neutralität geriet schon von allem Anfang an in ein Spannungsfeld durch den nach 1945 aufgebrochenen Konflikt zwischen den Anti-Hitler-Alliierten. Und dieser Konflikt bot den alten Mächten — den NS-Leuten — wieder Möglichkeiten, sich emporzuturnen. Sie boten sich den zum Teil hysteroid gewordenen Amerikanern als wackere Antikommunisten, den Sowjets — in geringerem Maße — als Antikapitalisten an. So gelangten sie in gehobene Positionen, durchsetzten eine große Zahl von Kommandostellen im Bundesheer und die Presse — vor allem in Salzburg und Graz, aber auch in Wien —, wobei sie ihr altes teutonisches Gepäck nicht vergaßen. Ihnen war Österreichs Neutralität ein Dorn im Auge, der Staatsvertrag ein „Fetzen Papier“, wie schon immer für sie Verträge „Fetzen Papier“ waren. Und solchen „Untermenschen“ wie den Russen gegenüber brauchte man ja überhaupt keine Verträge zu halten.

Einen willkommenen Anlass, Österreichs Neutralitätspolitik anzufechten, bildete die ökonomische Problematik, die von der EWG ausgeht. Als Österreich vor der Alternative EWG — EFTA stand, wählte es seiner Neutralität wegen zunächst die EFTA. Die EWG wurde von den Sowjets aus verständlichen Gründen abgelehnt. Aber damit wollte man sich nicht abfinden.

Man tarnte die beabsichtigte Durchlöcherung des Staatsvertrages, indem man erklärte, es handele sich bei der EWG „nur“ um eine ökonomische Gemeinschaft, aber nicht um eine politische (was viele Hallstein-Erklärungen Lügen strafte). Die sogenannte FPÖ (Freiheitliche Partei) war für einen direkten Beitritt Österreichs zur EWG, was einem glatten

Bruch des Staatsvertrages gleichkäme. (Damit wäre von hinten herum wieder einmal Österreich mit Deutschland vereinigt). Ein bekannter Wirtschaftswissenschaftler, der von Europa redet, dabei an die EWG denkt und Westdeutschland meint, empfahl ebenso einen Beitritt mit der zynischen Begründung, die Sowjets wünschten eine Koexistenzpolitik und keine Konflikte und so würden sie das schon über sich ergehen lassen. Das ist jedoch ein Irrtum.

Zweifellos würden die Sowjets sich mit einem solchen Schritt nicht abfinden. Auch der internationale Gerichtshof würde niemals einen solchen Rechtsbruch sanktionieren. Dass sich Österreich eine solche internationale Niederlage nicht leisten kann, sieht jeder normale Mensch ein. Aber die Einpeitscher der EWG ließen nicht locker. Josef Krainer, ein Landeshauptmann, der in seiner Partei zweifellos eine Menge Exnazis hatte (so etwa Franz Murer), sprach von „in Neutralität verhungern“, wobei die Statur der durchschnittlichen österreichischen Politiker nichts von solchen Gefahren erkennen lässt. Tatsächlich siegten die EWGisten in der ÖVP. Als z. B. ein hoher EFTA-Funktionär sich in Graz aufhielt, um einen Vortrag zu halten, scheute sich der Landeshauptmann ihn zu besuchen, weil er fürchtete, das könnte die EWG verstimmen. Und als schließlich Österreichs Regierung beschloss, mit der EWG über eine „Assoziierung“ zu verhandeln, jubelten die Kalten Krieger. Aber Verhandlungen zwischen einem Königstiger und einer Hauskatze pflegen im allgemeinen sehr einseitig abzulaufen. Tatsächlich wurde Österreich behandelt wie eine sich immer wieder anbietende, aber abgewiesene Geliebte. Es musste um Verständnis bitten „für seine besondere Lage, die es ihm nicht erlaube ...“ etc.

Dabei bekamen die EWG-Einpeitscher, die sich vorstellten, die USA würden ihren Atomschirm über Österreich gegen die Sowjets halten, wenn Österreich seinen Staatsvertrag verletzt, eine kalte Dusche. Die Kennedy-Administration erklärte österreichischen Politikern, die sie um Unterstützung angingen, die Österreicher könnten machen was sie wollen, jedoch wünsche man keinerlei neue Reibungsflächen mit den Sowjets, da man dabei sei, solche abzubauen. Daher begann man es billiger zu geben. Man spricht nunmehr nur noch von einem „Arrangement“ mit der EWG, was im Grunde nichts und alles heißen kann.

Dass es nunmehr zwischen den USA und der UdSSR wegen der Vietnamkrise zu neuerlichen Spannungen kam, ist für diese Leute nur ein schwacher Trost: Man traut dem Unfrieden nicht. Tatsächlich weist

nichts darauf hin, die beiden Supermächte darauf aus wären, künstlich neue Krisenherde zu schaffen; es genügen ihnen die jetzigen.

Die Idee, dass die Sowjets etwa mitten im Frieden in Österreich einmarschieren könnten, kommt auch kaum jemandem mehr. Man glaubt an die Friedenswilligkeit der Sowjets.

Wie man sieht, ist der Kampf um Österreichs Neutralität weder im Inneren noch im Äußeren endgültig ausgetragen. Im Grunde kämpfen hier noch immer die Österreicher gegen die Ostmärker, d. h. jene, die Österreich als Brücke und Kontaktstelle sehen möchten gegen solche, die aus ihm ein „Bollwerk“, eine „Mark“ machen möchten.

*Die Neutralität Österreichs, verstanden nicht nur als militärische Blockfreiheit, sondern als Aufgabe, Gegensätze zu dämpfen, zu verringern, abzubauen, mit anderen Worten, geduldig zum Frieden beizutragen, fügt sich in die historische Kette der positiven Tradition Österreichs. Diese besteht in der Bereitschaft, in jener Vielfalt mit Achtung voreinander zusammenzuleben, der Österreich seine besten kulturellen Leistungen verdankt. Eine aktive Neutralität muss auch ideologische Brücken suchen.*

Wenn Wien zum Umschlagplatz zwischen Rom und Moskau wurde, so liegt dies genau auf der Linie der österreichischen Neutralität.

*Dem entgegen steht das Denken in Schwarz und Weiß — den Farben des Deutschen Ordens und Preußens —, für das es nur ein Entweder-Oder, somit kämpferische Entscheidungen gibt. Demzufolge müsste Österreich entweder zum Westen oder zum Osten gehören, und der Österreicher müsste entweder „Slawe“ oder „Deutscher“ sein, also Bollwerk für einen Kampf, Festung oder Brückenkopf.*

Es ist schwer für diese Ostmärker zu begreifen, dass arbeiten besser ist als kämpfen, miteinander leben besser als wechselweise töten, um Verständigung ringen besser als einander ins Gesicht zu schlagen, dass der Friede in Vielfalt und Komplikationen wirklich schöpferisch ist und nicht ein Krieg, der angeblich der Vater aller Dinge ist. Dass Österreichs Neutralität noch das ist, was sie ist, dass noch die Österreicher und nicht die Ostmärker den Ton angeben und dies im verstärkten Maße, verdanken wir jedoch leider weniger der Stärke der österreichischen nationalen Substanz als der Tatsache, dass die Sowjets 60 km vor Wien und die US-Amerikaner 30 km vor Salzburg stehen.

Österreichs Neutralität und seine nationale Basis ist noch eine zarte Pflanze. Unter anderem verdankt ihr Österreich den größten Wohlstand seiner Geschichte. Sie vermag, recht gesehen, der Jugend eine Aufgabe und dem Land einen Sinn zu geben, der nicht in ihm selber liegt, sondern im Zusammenleben aller anderen Völker, die nur dann ihre ganze Produktivität entwickeln werden, wenn sie im Frieden miteinander leben. Gleichzeitig vermag ein neutrales Österreich das beste Erbe der Vergangenheit zu pflegen und weiterzuentwickeln, die negativen, dunklen Seiten seiner Vergangenheit jedoch zu überwinden. Je mehr Österreich sich zu seiner Aufgabe bekennt und zu ihr steht, umso mehr wird es imstande sein, für andere und für sich fruchtbar zu werden. Vielleicht wird es dann als kleines Land groß sein können, so sehr es ihm hierzu auch an Mut gebricht.